

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

233 (7.10.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-84512](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-84512)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Dammers Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark; zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile und deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restzeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen finden stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Versperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder dessen anderer Mitarbeiter haben der Besteller und Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränkter Umfang oder nicht erscheint.

Dr. 233. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Donnerstag, 7. Oktober 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Die Umbildung der Regierung.

Nach wochenlangen Beratungen ist nun endlich die Umbildung der Regierung durch den Wiedereintritt der Demokraten ins Kabinett erfolgt. Man hatte in der Öffentlichkeit allgemein erwartet, nachdem die demokratische Presse es an mehr oder minder geschickten Vorzügen und Andeutungen nicht hatte fehlen lassen, daß die deutsche Nationalversammlung bei ihrem Wiederauflösungstermin am 30. September bereits die neuen Regierungsmänner begriffen konnte. Daß diese Erwartung sich nicht erfüllte, hat seinen Grund wohl darin, daß die Demokraten sich nicht entschließen wollten, sich in die Regierung einzulassen. Und auch heute noch haben sie sich nicht über den Mann geneigt, der das von ihnen in Anspruch genommene dritte Portefeuille, und zwar das des neubildenden Ministeriums für Wiederaufbau, erhalten soll. Bei diesen Schwierigkeiten, die die Demokraten bei der Auswahl ihrer in die Regierung zu entsendenden Vertreter hatten, hat wohl stark der Umstand mitgesprochen, daß diejenigen Männer ihrer Partei, die in erster Linie für den Wiedereintritt in das Kabinett in Frage kamen, sich bei dem feinerfühligen Anstrich der Demokraten aus dem Regierungsaltschiff exponiert und in ihren Zusicherungen fehlgeleitet haben. Man wird sich beispielsweise daran erinnern, daß einige führende Männer der demokratischen Partei es demals für ungeschicklich erklärten, ihre Mitarbeit dem Kabinett in seiner bestehenden Zusammensetzung zur Verfügung stellen zu können. Seit der Zeit sind einige Monate ins Land gegangen, und die Demokraten scheinen ihre Absichten ein wenig geändert zu haben. Wir haben zwar in den verflochtenen Monaten, in denen Sozialdemokratie und Zentrum allein die Regierung bildeten und die Verantwortung für die Geschehnisse des Reiches auf sich nehmen mußten, die Demokraten kaum sonderlich entbehrt, trotzdem begreifen wir es, daß nunmehr durch den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung diese auf eine breitere Basis gestellt ist. Gerade mit Rücksicht auf die kommenden schweren Monate, die im Hinblick auf die Kohlennot und andere Schwierigkeiten gemäß nicht zu unterschätzende Gefahren in ihrem Schoße bergen, kann es nur im Interesse unseres ganzen Vaterlandes und auch der Regierung selbst liegen, wenn sich die Reichsregierung in ihren Entschlüssen und Maßnahmen auf eine möglichst große Masse des Volkes stützen kann. Wir wollen aber dabei hoffen, daß die Demokraten in der Zeit seit ihrem Anschließen aus dem Kabinett gelernt und eingesehen haben, daß es zum Wefen des demokratischen Systems gehört, wenn es nötig ist, auch Verantwortung auf sich zu nehmen und nicht, wie es die Demokraten bei der Annahme des Friedensvertrages getan haben, zu knifeln und sich im gegebenen Augenblicke vor der Verantwortung zu drücken.

Deutsches Reich.

Neue Entschlüssen?

Die politische Entschlüssenliteratur wird in der kommenden Woche um ein neues Werk bereichert werden. Es sind die Memoiren des früheren Vorkriegsstaatsrats Freiherrn von Eckardtstein, der als deutscher Geschäftsträger in London im Jahre 1902 ein deutsch-englisches Verständigungsabkommen nahezu erreicht zu haben glaubte. Eckardtstein ist im Herbst zahlreicher wichtiger Briefe und Dokumente von Chamberlain, Hofstein, Wilhelm II., Eduard VII., Fürst Bülow usw. Er steht auf dem Standpunkt, daß von 1895 bis 1901 ein fortgeschrittenes englisches Bündnisangebot an Deutschland vorlag, das aber von Bülow und Wilhelm II. in seiner Realisierung verhindert worden ist. Bemerkenswert ist, daß Eckardtstein im Jahre 1914 in Schlußfolgerungen und die Entschlüssen, in der sich kein Material befand, auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes mit Beschlag belegt wurde. Auch nach der Revolution erhielt Eckardtstein sein Material nicht zurück. Erst vor drei Wochen ist von dem sozialdemokratischen Minister des Auswärtigen, Herrn Müller, die Übergabe der Beschlüssen verweigert worden. Nach Eckardtsteins Meinung wird die Veröffentlichung seiner Dokumente einen gewaltigen Sturm entfesseln.

Die erhöhte Spielartensteuer.

Das Spielartensteuergesetz vom 10. Sept. 1919 tritt am 1. November d. J. in Kraft. Zu beachten ist, daß die im Gesetz vorgesehene Nachversteuerung bereits rückwirkend am 16. Mai d. J. einsetzt, das heißt, sämtliche Vo-

brantanten von Spielarten sind gehalten, die seit dem 16. Mai versteuerten Spielarten nachträglich der erhöhten Spielartenbesteuerung zuzuführen. Die Fabrikanten können die Nachsteuerbeträge, die bei ihnen eingehoben werden, sich nach § 36 des Gesetzes von ihren Abnehmern zurückvergüten lassen.

Eine größere politische Aussprache.

Berlin, 6. Okt. Bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Reichsanzlers und der dazu vordringenden Ergänzungsetats, die morgen nachmittag in der Nationalversammlung beginnt, wird eine größere politische Debatte stattfinden, die vom Reichskanzler Bauer mit einer Rede über die Regierungspolitik eröffnet werden wird. Vor Beginn der Sitzung wird der Vorkommensausschuß zusammentreten und sich über eine Anregung verständigen, die dahin geht, die Parteien nicht wie bisher üblich in der Reihenfolge ihrer Kopfstärke zu Wort kommen zu lassen, sondern abwechselnd einem Redner der Regierungspartei und einem der Opposition das Wort zu geben.

Verschiedene politische Nachrichten.

Ueber das neue Reichstagswahlgesetz. TU. Berlin, 6. Okt. Die Nachricht einer Berliner Zeitung, das neue Wahlgesetz befände sich im letzten Stadium der Vorbereitungen, ist unzutreffend. Der vom Verfassungsausschuß der Nationalversammlung seinerzeit eingesetzte Unterausschuß ist zu endgültigen Beschlüssen über die Ausgestaltung des Wahlrechts noch nicht gekommen. Seine Vorschläge werden erst dann an den Verfassungsausschuß selbst gehen. Bevor sich dieser in der Sache nicht grundsätzlich schlußig gemacht hat, kann die Regierung an die Ausarbeitung dieses Gesetzes keinesfalls berufen werden.

Beschleunigte Reparatur von Eisenbahnmateriel. Wie das „B. L.“ hört, sind gegenwärtig Erwägungen über neue Methoden im Gange, durch die man eine Hebung der Arbeit in den Eisenbahnreparaturwerkstätten zu erreichen hofft. Diese Aufgabe ist eine der wichtigsten, vor die eine Regierung heute gestellt ist. Nur wenn es gelingt, eine schnelle Wiederherstellung der zahllosen Lokomotiven und Eisenbahnwagen, die gegenwärtig reparaturbedürftig und unbrauchbar übersehen, zu erzielen, können die Verkehrsbeschwerden, unter denen die Nahrungsmittelwirtschaft, die Kohlen- und Eisenindustrie, sowie das ganze Wirtschaftsleben so furchtbar leidet, vermindert werden.

Berlin, 5. Okt. Die neue Reichshoharde der Dienstämter ist anstatt schwarz-weiß-rot der Reichsadler in Eisenlaub auf goldenem Grunde.

Die Danziger Stahlfabrik in polnischen Händen. TU. Danzig, 7. Okt. (Draht.) Wie die T.-L. erfährt, ist die ehemalige Danziger Stahlfabrik in den Besitz eines polnischen Konsortiums übergegangen.

Zwang für Hoffstandsarbeiten. WT. Berlin, 7. Okt. Frhr. v. Watter erläßt, wie der Post. Ztg. aus Münster berichtet wird, für das unter Belagerungszustand befindliche Gebiet eine Verordnung, nach der alle männlichen Einwohner im Alter von 17 bis 50 Jahren verpflichtet sind, im Bedarfsfälle auf Aufforderung der Gemeindebehörden Hoffstandsarbeiten in allen für die Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.

Internationaler Luftverkehr. TU. Prag, 7. Okt. In der nächsten Zeit wird ein Luftverkehr für ganz Europa eingerichtet werden, in dem Wien der Kreuzungspunkt für zwei Linien bilden solle und zwar für die Linien Hamburg-Berlin-Leipzig-Wien und Wien-Budapest mit der Abzweigung Belgrad-Wailand.

1,5 Proz. für jeden Umsatz. WT. Berlin, 6. Okt. Die B. Z. am Mittag meldet, daß über die Umsatzsteuer ein Kompromiß zwischen den drei Regierungsparteien zustande gekommen ist. Der Satz der Umsatzsteuer ist mit 1,5 Proz. für jeden Umsatz bis zur letzten Hand festgelegt worden.

Die Kommunalwahlen in Köln. Köln, Nach den bisherigen nichtamtlichen und noch nicht vollständigen Wahlergebnissen würden entfallen: auf die Deutsche Volkspartei 5, Deutsch-nationale Volkspartei 2, Deutsches-mokratische Partei 7, Zentrum 49, Wehrheits-sozialisten 43, Unabhängige Sozialdemokraten 8 Sitze.

Ausland.

Ein deutsch-englisches Bündnis gegen die Bolschewisten. Haag, 6. Okt. Daily Herald“ erfährt aus Petersburg, daß die Deutschen hätten mit England ein Abkommen geschlossen, in dem die beiden Staaten sich verpflichten, gegen die Sowjetregierung Stellung zu nehmen. Das Abkommen sei deutschseits von Moske, für England von Churchill unterzeichnet worden. (Ein Dementi von deutscher Seite wird wohl nicht ausbleiben. Die Schriftl.)

Der Friedensvertrag im französischen Senat. Rotterdam, 6. Okt. Dem französischen Senat ging am Sonntagabend der Friedensvertrag zur Ratifikation zu. Die Aussprache wird am 9. Oktober beginnen. Es wird angenommen, daß die Abstimmung am kommenden Sonntagabend erfolgt.

Kritische Lage wegen Fiume. Lugano, 6. Okt. Die letzten französischen Truppen haben Fiume verlassen. Nach französischen Wittermeldungen hat die Einberufung mehrerer Jahrgänge große Erregung, besonders in Agram hervorgerufen. Der Krieg mit Italien scheint unermüdlich zu sein. In Italien ist die militärische Zensur wieder hergestellt worden.

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz. WT. Brüssel, 7. Okt. Peuple meldet, daß der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes, der in Amsterdam tagte, beschlüssen habe, an der Washingtoner Arbeiterkonferenz teilzunehmen.

Zu den Kämpfen um Dünaburg. TU. Warschau, 6. Oktober. Nach dem letzten Bericht des polnischen Generalstabes fanden schwere Kämpfe bei Dünaburg statt. Besonders heftig waren die Kämpfe am Brittenkopf Dobryjak, wo auch der Kommandant der Polener Division fiel.

Ende des englischen Eisenbahnerstreiks. London, 6. Okt. Amlich. Der Eisenbahnerstreik ist beigelegt.

London, 6. Okt. (Draht.) Reuter. Es verlautet, daß die Bedingungen, unter welchen eine Einigung im Eisenbahnerstreik erzielt werden ist, auf der heute abend stattfindenden Eisenbahnerversammlung bekannt gegeben werden sollen. Die Arbeiter haben Anweisung erhalten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Sonjett-Rufstand und die Alands-Inseln. Versailles, 6. Okt. Nach dem Temps hat Tschitscherin einen scharfen Protest gegen jede Entscheidung in der Alandsfrage ohne vorherige Uebereinkunft mit Rußland veröffentlicht.

Der Rücktritt des türkischen Kabinetts. Versailles, 6. Okt. Nach Meldungen aus Konstantinopel hat der Sultan die Demission des Großvezirs Damad Ferid Pascha angenommen. Das gesamte Kabinett tritt zurück. Es ist bisher nicht bestimmt, wer das neue Kabinett bilden soll.

Zusammentritt des Rates des Völkerbundes. Versailles, 6. Okt. „Temps“ glaubt, daß am 12. Oktober die erforderlichen drei Ratifizierungen vollzogen sein werden, und daß dann der Rat des Völkerbundes zusammentreten kann. Er hat in einer Anzahl wichtiger Fragen Entscheidung zu treffen.

Versailles, 6. Okt. Wie Intraigant meldet, glaubt man nicht, daß der Rat des Völkerbundes zu dem von Clemenceau in seinem Brief an Oberst House gemächten Termin zusammentreten kann, sondern erst zu Beginn des kommenden Jahres.

Von der Armee Denikins. Lemberg, 6. Okt. Nach Wittermeldungen ist General Denikin infolge starker bolschewistischer Angriffe auf beiden Flügeln bedroht. Aus Butarej wird gemeldet, daß ein Zusammenstoß zwischen rumänischen Truppen und Denikin stattgefunden hat. Denikin beabsich-

tigt, ganz Bessarabien zu besetzen und das Gebiet Großrußland einzuverleiben.

Großer polnischer Auftrag in Lokomotiven nach Amerika. Warschau, 6. Okt. Nach Wittermeldungen wurden in Paris seitens der polnischen Delegation einer amerikanischen Lokomotivfabrik in Philadelphia ein Auftrag auf Lieferung von 1800 schweren Lokomotiven gegeben. Die Lokomotiven sollen den Anforderungen der neuen Technik entsprechen und innerhalb 3 Monaten geliefert werden. Die Zahlung soll innerhalb 10 Jahren erfolgen.

D'Annunzio wird gebeten, sich auf Fiume zu beschränken. Versailles, 6. Okt. Wie Matin aus Rom meldet, erhielt der Herzog von Aosta den Auftrag, sich nach Abbazia zu begeben, um D'Annunzio aufzufordern, sich auf die Besetzung Fiumes zu beschränken und keine Freiwilligen mit anwerben zu lassen, bis Italien mit den Alliierten die Verhandlungen über den Zwischenfall von Fiume abgeschlossen hat.

Der Kampf um Fiume. Haag, 4. Okt. Der amerikanische Millionär Carmine, der besonders im Kriege sein Vermögen stark vergrößert hat, stellte sein gesamtes Vermögen d'Annunzio zur Verfügung.

Eugeno, 4. Okt. Aus Fiume wird gemeldet, daß die Lage von Tag zu Tag erstickt wird. Infolge der Blockade ruht die Arbeit in den Häfen und den meisten Fabriken vollständig.

Genf, 5. Okt. Der Fünftertag sieht die italienisch-südländische Lage ernst an als je und beschloß daher in Permanenz zu tagen.

Bern, 4. Okt. Die Verschärfung der Blockade macht sich in Fiume immer mehr bemerkbar. Der Fiumer Nationalrat richtete an die italienische Regierung bereits einen scharfen Protest. Das italienische Rote Kreuz suchte zugunsten der Kinder und Gebrüchlichen Lebensmittel nach Fiume einzuführen. Die Stimmung in den Freiwilligenkorps scheint ebenfalls nicht mehr ganz zureichend zu sein. Nachträglich wird bekannt, daß in Trano sowie Spalato italienische Kundgebungen stattfanden. Auch die Meldungen über antitalienische Kundgebungen in Albanien mehren sich. In Skutari wurden italienische und französische Soldaten angefallen und mehrere verwundet.

Verschiedene Nachrichten.

Friedensratifikationen.

Amsterdam, 6. Okt. Nach einer Meldung des Pariser Korrespondenten des „Telegraaf“ verlautet in dortigen diplomatischen Kreisen, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Japan eine Frage von Tagen sei. Sie gehe vom Kaiser aus, der auf beschleunigte Ratifikation hinarbeite, nachdem der Kronprinz und der diplomatische Rat Japans darüber noch gebürt werden.

Haag, 6. Okt. Guatemala hat den Friedensvertrag am 1. Oktober ratifiziert.

Belgien und Holland.

Brüssel, 5. Okt. (Haas-Neutermeldung.) Dem Coir zufolge verlautet, daß Holland jedes Defensivbündnis mit Belgien zurückweisen, aber auch zustimmen werde, den Fall zu geben, eine gewisse Garantie für den Fall zu geben, daß Belgien bedroht werden solle. Bezüglich der Schelde soll Holland für eine Veränderung des jetzt geltenden Systems der gemeinsamen Ueberwachung sein, wie es gegenwärtig von den Kommissaren der beiden Regierungen durchgeführt wird. Auch die für die Navigation auf der Maas geltenden Vorschriften sollen abgeändert werden. Wie verlautet, soll eine Form gefunden worden sein, die die Nachteile, die sich aus der Enclave Maastricht für die zum Rhein führenden Kanäle ergaben, beseitigt. Man hält es für wahrscheinlich, daß eine Uebereinstimmung erzielt wird.

Wie der „Telegraaf“ aus Brüssel meldet, schreibt der dortige Standard, daß der Plan eines Ueberfalles auf Hollandisch-Zürburg nach dem Vorbilde d'Annunzios fallen gelassen wurde, da schon zu viel in die Öffentlichkeit

